

# Versprochen! Gehalten? Vertagt? Gebrochen?

Nachfolgend geht es um den Koalitionsvertrag zwischen der CSU und den Freien Wählern für die Regierungsperiode 2018-2023.<sup>1</sup> Die Frage ist: Inwieweit wird das, was dort steht, den gegenwärtigen Herausforderungen von Verstößen gegen die planetaren Grenzen und der Klimakatastrophe gerecht? Was wurde versprochen, was gehalten, was vertagt, wovon war nie die Rede?

Und da Bayern ein Land ist, das direkte Demokratie zulässt: Was wurde eigentlich aus dem überaus erfolgreichen „Bienenvolksbegehren“, das international Aufmerksamkeit erregte und wozu der Bayerische Landtag am 19. Juli 2019 Regelungen mit ambitionierten Zielen zu Umwelt-, Natur- und Artenschutz erließ?<sup>2</sup>

## 1 Leitlinien

Schaut man sich die Leitlinien des Koalitionsvertrags an, so findet man darunter viel Bekanntes und Vertrautes.

- Leitlinie 1: Freiheit & Sicherheit
- Leitlinie 2: „Am Ende dieser Amtsperiode soll es dem Land noch besser gehen als heute....“
- *Leitlinie 3: „Dafür machen wir den Freistaat nachhaltiger, moderner und ökologischer. Wir legen noch mehr Augenmerk auf die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere gesamte Politik richten wir noch stärker auf die Bewahrung der Schöpfung aus.“*
- Leitlinie 4: Stadt/Land, gleichwertige Lebensverhältnisse
- Leitlinie 5: Familie/soziale Sicherheit
- Leitlinie 6: starke Wirtschaft

Zwar widmet sich Leitlinie Nr. 3 Nachhaltigkeit und Ökologie. Da andere Leitlinien prioritär und überhaupt alle anderen Leitlinien deutlich in der Mehrzahl sind, hat man schonmal eine Ahnung von der Gewichtung, die es im Konfliktfall geben kann.

Konkreter wird's in Teil III des Koalitionsvertrag mit dieser Überschrift „Nachhaltiges Bayern“ und den drei Kapiteln zu Land- und Forstwirtschaft, gesunde Umwelt und nachhaltige Energie. Ein weiterer für die sozial-ökologische Transformation wichtiger Bereich, die Verkehrswende, befindet sich in Teil IV.

## 2 Land- und Forstwirtschaft

Man mag sich wundern, dass Teil III zu Nachhaltigkeit nicht mit einer Einordnung der Probleme hinsichtlich des Überschreitens der planetaren Grenzen beginnt und auch nicht mit den Bereichen, in dem deutschlandweit am meisten CO<sub>2</sub> erzeugt wird (Energie), sondern mit Land- und Forstwirtschaft.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.bayern.de/staatsregierung/koalitionsvertrag-2018-2023/>

<sup>2</sup> „Das Volksbegehren und das von der bayerischen Staatsregierung ergänzte Begleitgesetz haben zu wichtigen Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz, aber z.B. auch im Wald- und Wassergesetz geführt, die seit dem 1. August 2019 gelten. Für viele Regelungen hat die Bayerische Staatsregierung Vollzugs-Verordnungen, Vollzugs-Hinweise und andere Vorgaben erlassen.“ <https://www.bund-naturschutz.de/volksbegehren-artenvielfalt-aktueller-stand>

<sup>3</sup> <https://www.br.de/nachrichten/wissen/klimawandel-die-wichtigsten-co2-fakten-visualisiert,RbqFZV0>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

## 2.1 Traditionell wichtiger Wirtschaftszweig

Aber: In Bayern liegen ein Drittel aller deutschen landwirtschaftlichen Betriebe, es dominieren immer noch die Kleinbetriebe, nicht „Agrarfabriken“.

In ländlichen Räumen lebt zudem die klassische Wählerschaft von CSU und FW, die vor allem aus dem ländlichen Raum und Landwirten kommt – die will man nicht verärgern.<sup>4</sup> Man kommt ihnen so weit entgegen, dass die Landwirtschaft in Bayern bei den CO<sub>2</sub> Emissionsberechnungen ausgenommen wird (dazu mehr weiter unten, bei „statistische Schönrechnerei“).<sup>5</sup>

Bereich	CO <sub>2</sub> -Emissionen in 1.000 t	Anteil in %
<b>Umwandlungsbereich</b> (v.a. Strom- und Wärmeerzeugung)	10.670	15
<b>Verkehr</b>	26.384	36
<b>Haushalte, Gewerbe, Handel</b> , Dienstleistungen und übrige Verbraucher	22.407	31
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b> , Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	10.059	14

Datenstand: 2020 (Prognose)

Daten: StMWi (2021); Energiedaten.Bayern - Schätzbilanz

Der Einstieg in das Kapitel suggeriert zudem, dass in Bayern in diesen Bereichen wenig bis gar kein Handlungsbedarf besteht, weil ja eh alles schon super ist:

S. 25: „Bayerische Landwirtschaft ist ökologisch und nachhaltig – sie ist jetzt schon ökologischer als in vielen anderen Ländern. Wir haben... 9.000 Biohöfe und über 300.000 ha ökologisch bewirtschaftete Fläche.“ Diesen Anteil wollen wir „mittelfristig verdoppeln.... Am bewährten Prinzip ‚Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht‘ halten wir fest.“

Noch deutlicher wird dieses Thema in der gesetzlichen Umsetzung des „Bienenvolksbegehrens“ angesprochen und geregelt:

„Ziel ist, die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Landes nach und nach, bis 2025 mindestens 20 % und bis 2030 mindestens 30 %, gemäß den Grundsätzen des ökologischen Landbaus gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 und des Gesetzes zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz – ÖLG) in der jeweils geltenden Fassung zu bewirtschaften. Staatliche Flächen sind bereits ab 2020 gemäß diesen Vorgaben zu bewirtschaften.“ (Art. 1a (2) BayNatSchG).

## 2.2 Konkreter Stand Landwirtschaftswende

### 2.2.1 Förderung ökologischen Anbaus

Die AbL kommentiert dieses Loblied auf Biohöfe und ökologische Landwirtschaft in einem Schreiben vom 3.3.2023 wie folgt:

Leider ist Bayern nur in absoluten Zahlen Spitze im Ökolandbau. 2022 waren 13% der Betriebe (ca. 92 000) und auch ca. 13 % der Flächen (415 000 Ha) ökologisch bewirtschaftet. Damit liegt Bayern höchstens im Mittelfeld der Bundesländer. Saarland (19,4 %), Hessen (16,2 %), Baden-Württemberg (14,5 %) und Brandenburg (15,5 %) liegen vor Bayern.

<sup>4</sup> <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/csu/42181/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-csu/#node-content-title-1>

<sup>5</sup> [https://www.energieatlas.bayern.de/thema\\_energie/daten/co2](https://www.energieatlas.bayern.de/thema_energie/daten/co2)

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Die Erreichung des 30% Ziels ist bei der derzeitigen Umstellungsrate von pro Jahr nur 300 Höfen mit zusammen 7 000 Ha nicht erreichbar. Und was am ärgerlichsten ist: Das, was Bayern eigentlich für seinen Bereich verspricht, versucht es über Brüssel zu torpedieren: Die Rolle von CDU, CSU und dem EVP Vorsitzenden Manfred Weber in der Debatte um das Renaturierungsgesetz der EU-Kommission ist höchst unrühmlich. Weber tauschte kurzfristig Abgeordnete im Ausschuss aus, um ein ihm genehmes Abstimmungsverhalten sicherstellen zu können und bis zum Schluss kämpfte er für eine Blockade des Vorhabens, trotz heftigsten Widerstand aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.<sup>6</sup>

Eine schnelle und wirksame Hilfe das Ziel zu erreichen, wäre eine Verpflichtung von Freistaat und Kommunen, bei sämtlichen Lebensmitteleinkäufen für Behördenkantinen, Schulen, Heime und Krankenhäuser mindestens 30% Ökolebensmittel aus regionaler Erzeugung einzukaufen.

Davon rückt die CSU aber ab. In ihrem Wahlprogramm heißt es auf S. 14:

Eine "deutliche Besserstellung der ersten Hektare" kommt vordergründig zwar kleinen Betrieben zugute. In der Realität ist es oft so, daß scheinotote Betriebe nur noch auf dem Papier der Förderanträge existieren. Sie werden jedoch in Wirklichkeit oft von Großbetrieben mit bewirtschaftet, die dann auf die Hektarprämie verzichten und den Pachtpreis entsprechend kürzen. Diese Praxis schön die Agrarstatistiken, dient zur öffentlichen Beschönigung der Flächenprämien.<sup>7</sup>

Die Höherförderung der ersten Hektare bekommen natürlich auch alle größeren Höfe. Zudem besteht zwischen Betriebsgröße, Qualität der Bewirtschaftung in ökologischer Hinsicht und sozialer Bedürftigkeit kein Zusammenhang. Auch kleine Betriebe wirtschaften nicht generell umweltverträglicher als große. Bei uns bauen viele kleine Betriebe, die die Viehhaltung eingestellt haben, Mais in intensiver konventioneller Weise für Biogasanlagen an. Das hat keinen wirklichen Nutzen für Natur oder Kleinbetriebe- der Mais geht, wie die meisten anderen die so wirtschaften, zu einem einzigen Betrieb, der häufig auch der Bewirtschafter ist

Auch hohe Familieneinkommen aus außerlandwirtschaftlicher Berufstätigkeit, aus Baugrundverkäufen, Vermietung oder PV-Anlagen widerlegen die generelle Besserstellung der ersten Hektare in der Förderung.“

Wem es mit dem Umbau der Landwirtschaft von „Masse“ auf „Qualität“ und Bewahrung ernst ist, muss sich auch dafür einsetzen, dass die zweite Säule der Gemeinsamen EU Agrarpolitik deutlich an Gewicht gewinne, da dort nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung gezielt gefördert werden.<sup>8</sup>

### 2.2.2 Förderung regionaler (aber nicht bio) Produkte

Regionale Vermarktungsstrukturen und Absatz von regionalen Produkten sollen gefördert werden (nicht aber Bio-Produkte, auch keine Andeutung der Förderung wahrhaft ökologisch ausgerichteter Landwirtschaft). Aber es gibt keine Andeutung, dass solche Produzenten durch garantierte Abnahmen seitens staatlicher Institutionen gefördert werden und somit mehr Planungssicherheit haben – dies wiederum wäre ein wichtiger Baustein in einem Umbau der Wirtschaft, die mit kürzeren Lieferketten, weniger globaler Abhängigkeit und mehr Nachhaltigkeit auskommen würde. Das

---

<sup>6</sup> <https://taz.de/EU-Renaturierungsgesetz/!5943605/> und <https://www.wiwo.de/politik/europa/renaturierungsgesetz-rueckenwind-fuer-den-green-deal/29252056.html>

[https://www.csu.de/common/download/Beschlussversion\\_Regierungsprogramm\\_FuereinstarkesundstabilesBayern\\_InBayernlebtessieinfachbesser-mitDeckblatt.pdf](https://www.csu.de/common/download/Beschlussversion_Regierungsprogramm_FuereinstarkesundstabilesBayern_InBayernlebtessieinfachbesser-mitDeckblatt.pdf)

<sup>8</sup> <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

regionale „Bayern First“, dem egal ist ob konventionell oder Bio, wurde im CSU Wahlprogramm nochmals bekräftigt (siehe oben, 2.2.1)

### 2.2.3 Fleischkonsum

Last not least: Wer ausgerechnet am Aschermittwoch den Fleischkonsum lobt, hat auch wesentliche kritische Punkte hier nicht verstanden, denn die Fleischproduktion ist mit Abstand der größte Treibhausgasemittent im Agrarbereich. Söder sagte beim Politischen Aschermittwoch in seiner gewohnt feinfühlig-differenzierenden Weise: „Wir essen lieber Schweinsbraten statt Maden-Müsli. Wenn ihr Grünen das wollt, könnt ihr das Zeug selber fressen.“<sup>9</sup>

### 2.2.4 Grundwasser/Schadstoffe

Zunehmend erkannt wird die Gefahr von Grundwasserverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen durch die konventionelle Landwirtschaft – dies fehlt im Koalitionsvertrag.

Die Verringerung von Pestiziden, die nicht nur Arten töten sondern auch Gewässer verschmutzen, ist ein wichtiges Lippenbekenntnis im Gesetzespaket, das dem Bienenvolksbegehren folgte. Die Umsetzung wird verzögert, strengere Standards, die die EU Kommission durchsetzen möchte, werden in Brüssel mit Zähnen und Klauen bekämpft.

„Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Manfred Weber führt als Vorsitzender der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament den Widerstand gegen eine Reform der Pestizidrichtlinie und gegen das Renaturierungsgesetz an – Gesetze, die mehr oder weniger inhaltsgleich das in Europa verankern wollen, was seine eigene CSU in Bayern sich umzusetzen verpflichtet hat. Söder selbst hat nach dem Sieg des Volksbegehrens angekündigt, den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2028 bayernweit zu halbieren, obwohl diese Forderung in dem Bürgerbegehren nicht enthalten war. In Brüssel aber bekämpft Parteivize Weber nun vehement das Vorhaben, diese Zielmarke auch europaweit bis 2030 zu erreichen. Söder schweigt dazu.“<sup>10</sup>

### 2.2.5 Paradebeispiel Streuobstpakt

Ein viel zitiertes Erfolgsbeispiel seitens der bayerischen Staatsregierung ist der Streuobstpakt, für den 700 Millionen Euro bereitgestellt werden. In der Tat ein wichtiger Baustein im Gesamt, denn Streuobstwiesen sind für Artenvielfalt bekannt. Es ist aber wiederum nur ein Baustein im Gesamt und überall dort, wo Geld allein nicht hilft sondern weitere Regulierungen Ärger erahnen lassen hält sich die Staatsregierung sehr zurück. In einer Studie, die vier Jahre nach Inkrafttreten des Artenschutz-Gesetzespakets zieht, heißt es:

„Wo Maßnahmen mehr als nur Geld kosten, stagniere der ökologische Umbau dagegen, kritisieren Fachleute. Oder er komme nicht schnell genug voran, um mit der Krise Schritt zu halten. Ausgerechnet in den für die großflächige Erholung der Natur besonders wichtigen Bereichen laufe wenig oder nichts...»Der Abbau des Pestizideinsatzes, die Vernetzung von Lebensräumen durch einen Biotopverbund und mehr Ökolandbau sind die zentralen Stellschrauben für die Steigerung der Artenvielfalt«, sagt Lenz. Doch hier klaffen weiter große Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit.“<sup>11</sup>

Auch ist der Streuobstpakt keineswegs so gut wie er zu sein scheint: Es wurden im Gesetzesverfahren

---

<sup>9</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlkampfauftakt-in-bayern-ist-der-freistaat-das-bessere-deutschland-a-51b5fbab-4757-4829-983e-0a7436a76792>

<sup>10</sup> [https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm\\_source=sdwv\\_daily&utm\\_medium=nl&utm\\_content=heute](https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm_source=sdwv_daily&utm_medium=nl&utm_content=heute)

<sup>11</sup> [https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm\\_source=sdwv\\_daily&utm\\_medium=nl&utm\\_content=heute](https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm_source=sdwv_daily&utm_medium=nl&utm_content=heute)

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

„leider auch „Interpretationsspielräume“ genutzt, um den beabsichtigten Schutz auszuhebeln: Bei den Streuobstwiesen fallen viele wertvolle Bestände durch viel zu enge und fachlich nicht haltbare Kriterien aus dem gesetzlichen Schutz heraus. BN und LBV haben gegen diese Verordnung Klage eingereicht. Und bei den Gewässerrandstreifen weicht die bayerische Auswahl der Gewässer und die Bemessung von anerkannten Bundesvorgaben ab.“<sup>12</sup>

Hier lässt sich am deutlichsten Stimmungsmache von realen Bemühungen ablesen: In der eigenen Sicht der Dinge heißt es:

„Die Zahl der Streuobstwiesen sei größer geworden - ein wichtiger Lebensraum für Insekten. Auf diesen Erfolg bezieht sich auch das bayerische Umweltministerium. Dort heißt es: "Die Umsetzung ist sehr weit fortgeschritten. Knapp 90 Prozent der Maßnahmen aus dem Volksbegehren und dem Begleitgesetz wurden inzwischen umgesetzt." Die Analyse von Lenz zeigt hingegen: Fünf von zwölf untersuchten Maßnahmen werden nur teilweise oder gar nicht umgesetzt. Außerdem bemängelt er, dass die Bilanzen der Regierung zum Teil "schöngerechnet" werden. Einige Flächen, die schon vorher Schutzflächen waren, würden einfach als neue Flächen ausgewiesen werden - und verbesserten so die Bilanz.“<sup>13</sup>

## 2.3 Konkreter Stand Forstwirtschaft

Als erster Punkt nach der Zusage, den Wald „zukunftsfähig“ machen zu wollen, kommt die „fachgerechte Bewirtschaftung“. Die wirtschaftliche Verwertung, nicht der Schutz der Ökosysteme oder die Nutzung des Walds als CO<sub>2</sub> Senke scheinen im Vordergrund zu stehen. In der Tat: Holz gewinnt an Bedeutung als Baustoff und Energieträger.

### 2.3.1 Holz für Wärme und Energie

Die Recherche „Deforestation Inc“ von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung weist nach: Mit Holz wird nach wie vor mehr Energie und Wärme gewonnen als mit Sonne und Wind.<sup>14</sup> Gerade wegen des Ukrainekriegs nimmt zudem die Umstellung auf anscheinend ökologisch-nachhaltige Holzsysteme absurde Züge an.

Schaut man sich um fällt auf, dass dies insbesondere in Bayern so ist. Was erstmal naheliegt, da es in Bayern viel Wald gibt. Die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft erklärt stolz: „In der Nutzung der Holzenergie nimmt Bayern bundesweit die Spitzenposition ein.“<sup>15</sup> Auch viele bayerische Kommunen in Waldgebieten verfeuern natürlich und nahe-liegenderweise Holz.<sup>16</sup> Aber:

Jedes intakte Ökosystem zieht JETZT deutlich mehr CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und bindet sie, als jede irgendwann verfügbare Technologie, deshalb ist der Schutz intakter und (über)lebensfähiger Ökosysteme so wichtig, gerade der deutsche Wald wird hier aber gerade seiner Rolle als CO<sub>2</sub> Senke beraubt.<sup>17</sup>

Verbranntes Holz setzt nunmal gespeichertes CO<sub>2</sub> wieder frei. Wie sieht die Wiederaufforstung aus? Wie schnell und energisch wird sie vorangetrieben? Werden Monokulturen im Rahmen der

---

<sup>12</sup> <https://www.bund-naturschutz.de/volksbegehren-artenvielfalt-aktueller-stand>

<sup>13</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/durchwachsende-bilanz-nach-vier-jahren-bienen-volksbegehren,Tk00xWv> und <https://volksbegehren-artenvielfalt.de/2023/07/14/bayern-verliert-vorreiterrolle-im-naturschutz/>

<sup>14</sup> <https://www.icij.org/investigations/deforestation-inc/>. Siehe aber auch: „Auf dem Holzweg“ „Buch Zwei“ der Papierausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 4.3.2023

<sup>15</sup> <https://www.lwf.bayern.de/forsttechnik-holz/holzverwendung/050613/>

<sup>16</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/energiewende-bayern-fernwaerme-100.html>

<sup>17</sup> Wald in der Klimakrise: Verbrennen statt schützen? (2.3.2023)

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/wald-klimakrise-verbrennen-statt-schuetzen-100.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

„Wirtschaftlichkeit“ gefördert? Wird Holz importiert, welches aus schnellwachsenden Monokulturen stammt? Wurde dort, wo das importierte Holz herkommt, wieder aufgeforstet? Und was ist mit dem Antransport von Pellets und Hackschnitzeln über lange Entfernungen? Es gilt bei Holz deshalb ebenso genau hinzuschauen wie bei „Biogas“ und es erstaunt weniger, wenn nur 10% der bayerischen Waldflächen von der forstwirtschaftlichen Nutzung ausgenommen werden sollen (s.u.)

### 2.3.2 Waldumbau

Bis 2030 sollen 220.000 Hektar Wald klimaresilient „umgebaut“ werden – das wäre ein Viertel der Wald-Gesamtfläche. Wieviel davon in den letzten 5 Jahren geschafft wurde konnte nicht herausgefunden werden, was vielleicht auch daran liegt, dass nur 30% der Wälder in staatlicher Hand sind.<sup>18</sup> Ein weiteres Problem: Junge Setzlinge werden kurz nach Einpflanzung vom Wild verseisst.<sup>19</sup>

## 2.4 Schutzgebiete?

In diesem Kapitel des Koalitionsvertrag würde man auch etwas dahingehend erwarten, wie die im Rahmen der EU Biodiversitätsstrategie formulierte Absicht umgesetzt werden soll, bis 2030 30% der Landflächen als Schutzzonen auszuweisen, um Artenvielfalt und Ökosysteme zu erhalten. Gerade weil Bayern (noch) über eine außergewöhnliche Artenvielfalt verfügt,<sup>20</sup> sollte dieses Konzept energisch verfolgt werden. Auch und gerade, weil dieses Ziel ohne die Einbindung und Förderung von LandwirtInnen und WaldbesitzerInnen nicht umsetzbar sein wird.

Auch im Rest des Koalitionsvertrags kommt nichts zu dieser Frage, auf S. 29 wird versprochen, 10% des Walds von der forstwirtschaftlichen Nutzung auszunehmen.

## 3 Gesunde Umwelt

In Teil III, Kapitel 2 geht's dann richtig zur Sache. Es beginnt auf S. 28: „Wir schützen Mensch, Tier, Umwelt und Klima. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns aus Überzeugung Auftrag. Das ist Verantwortung für kommende Generationen und folgt unmittelbar aus unserer christlichen Werteorientierung. Das Prinzip Nachhaltigkeit gehört zum Kern unserer Politik... Wir geben dem Klimaschutz Verfassungsrang und werden ein Bayerisches Klimaschutzgesetz schaffen. Hier wollen wir konkrete CO<sub>2</sub>-Ziele Verankern. Unser Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr zu reduzieren.“

## 4 Konkrete Maßnahmen Verfassung und Klimagesetz

### 4.1 Klimaschutz Verfassungsrang

Das Vorhaben „Klimaschutz Verfassungsrang“ scheitert an SPD und Grünen. Dazu aus Augsburgener Allgemeiner und den Landtagsprotokollen:

„So sieht das auch die SPD: „Bislang gibt es keinen einzigen konkreten Vorschlag der Regierungsmehrheit“, sagte Fraktionschef Horst Arnold. SPD und Grüne hatten beispielsweise die politische Unterstützung einer ÖPNV-Offensive gefordert. Die Grünen verlangen zudem mehr Windkraftanlagen und weniger Stickstoff bei der Düngung. „Wir haben keine unerfüllbaren Wünsche“, sagte SPD-Mann Arnold. Die Komplett-Verweigerung offenbare deshalb „eine reine Alibi-Politik“ der Söder-Regierung.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/klimawandel-so-muss-unser-wald-umgebaut-werden,TOUsNXP>

<sup>19</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/steuermillionen-fuer-den-waldumbau-eine-sinnvolle-investition,TLYi3Wu>

<sup>20</sup> Siehe DIW/FÖS (2022) Zukunftsfähiges Bayern, S. 101ff.

<sup>21</sup> <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Klimaschutz-kommt-nicht-in-Verfassung-id53597911.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann wies die Vorwürfe zurück. Man stehe für eine „Verfassungsänderung plus“ und nicht nur für die Aufnahme einer Worthülse in die Verfassung. Die Staatsregierung handle unglaublich, weil sie vom Klimaschutz rede, aber im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/20 an mehreren Stellen die Mittel dafür kürze. „Die Politik der Staatsregierung passt nicht mit dem gewünschten Verfassungsziel überein“, erklärte Hartmann. Nötig seien konkrete Maßnahmen. Solche zu benennen, habe die Staatsregierung aber bislang versäumt. „Der Meeresspiegel hört nicht einfach aus Respekt vor der bayerischen Verfassung zu steigen auf“, so Hartmann.<sup>22</sup>

Ein weiterer Grund wird von den Grünen per Mail nachgereicht: Die konkreten Erfahrungen mit der Bayerischen Verfassungsänderung 1984: „Wir haben uns in der Diskussion oft auf die Verfassungsänderung ‚Umweltschutz‘ von 1984 bezogen: Obwohl der Umweltschutz seither Verfassungsrang hat, ist die Artenvielfalt zurückgegangen, unser Trinkwasser stärker belastet, der Flächenfraß stärker vorangeschritten und unsere Luft mit Feinstaub und Stickoxiden verreckt.“

#### 4.2 Statistische Schönrechnerei bei CO<sub>2</sub> Ausstoß pro Kopf

Die einzig konkrete Zahl bezieht sich auf den CO<sub>2</sub> Ausstoß. Der CO<sub>2</sub> Ausstoß pro Kopf soll laut Koalitionsvertrag bis 2030 auf 5 Tonnen/Person, bis 2050 auf unter 2 Tonnen pro Kopf gesenkt werden. Aktuell dürfte Bayern noch 80T pro Person ausstoßen, das aktuell politisch verkündete Reduktionsziel bis 2030 würden davon 61 Tonnen verbrauchen, damit stünden bis 2040 noch 19 Tonnen zur Verfügung, was vorn und hinten nicht reicht bzw. bei absehbaren Reduktionszielen bis 2034 aufgebraucht wären (Schiepek Rede). Hinzu kommt aber noch mehr:<sup>23</sup>

- ➔ Aktuell hat Bayern noch einen Pro-Kopf Ausstoß von 6 Tonnen/Jahr, was wg. Verkehrssektor jedoch wieder steigt.<sup>24</sup>
- ➔ Das ist nur auf Produktion im Land gerechnet, also mit viel Wasserkraft und ohne den mit Braunkohle erzeugten und zugekauften Strom aus Nordrhein-Westfalen.
- ➔ Zugleich sollte man Bayern zurechnen, was importiert und hier weiterverarbeitet und/oder konsumiert wird (=Konsumbasierte CO<sub>2</sub> Statistik, die faire Alternative zur territorialen CO<sub>2</sub> Statistik)
- ➔ Und: die 6 Tonnen sind nur energiebedingt, d.h. Verkehr, Energie, Gebäude und Industrie, nicht aber Landwirtschaft.<sup>25</sup> Da käme kräftig was dazu, denn:
- ➔ Es geht nicht nur um CO<sub>2</sub>, sondern CO<sub>2</sub> Äquivalente wie etwa Methan: Methan mag zwar wenig sein, es ist aber zu Anfang ein 80 mal stärkeres Treibhausgas als CO<sub>2</sub>, weshalb kleine Mengen durchaus eine Rolle spielen. Etwa durch Rinderzucht und deren Ausscheidungen.<sup>26</sup> Aber wieder spielt wohl die Rücksicht vor den WählerInnen eine Rolle.

#### 4.3 Fehlen von Sektorvorgaben und Umsetzungspfade

Wenn aber Schadstoffausstoß unbekannt ist, ist es doppelt schwierig Sektorvorgaben analog zum Bundes-Klimaschutzgesetz zu machen wie „Im Verkehrssektor müssen xx Tonnen Senkungen bis yy erfolgen,“ während es dem Sektor überlassen bleibt, wie das umgesetzt wird. Genau das bräuchte es aber, weshalb ja auch eine Reihe junger Menschen gegen das erste Bayerische Klimaschutzgesetz

---

<sup>22</sup> <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-dem-plenum/klimaschutz-wird-nicht-staatsziel-in-der-bayerischen-verfassung/>

<sup>23</sup> <https://www.br.de/nachrichten/wissen/wie-klimaschaedlich-ist-bayern,RM1CJew>

<sup>24</sup> [https://www.lfu.bayern.de/umweltdaten/indikatoren/klima\\_energie/co2\\_emissionen/index.htm](https://www.lfu.bayern.de/umweltdaten/indikatoren/klima_energie/co2_emissionen/index.htm)

<sup>25</sup> Aus: SZ 9.5.2021 Bayern soll bis 2040 klimaneutral sein

<sup>26</sup> <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/klimawandel/kuh-kuehe-rind-rinder-methan-klima-landwirtschaft-treibhausgase-100.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

geklagt haben.<sup>27</sup> Um Druck zur Umsetzung aufzubauen, sollte es Strafen oder Klagemöglichkeit geben. Da die Sektorvorgaben und Umsetzungspfade fehlen, ist es fast egal, dass auch verlässliche Controlling und Monitoring Systeme fehlen, die feststellen, welche Minderungs- und Einsparziele konkrete Maßnahmen entfalten. Aber natürlich wären diese auch bei allen anderen Maßnahmen besser als gar nichts bzw. der Ausschluss von Klagemöglichkeiten.

Dabei ist es dies, womit die Bayerische Staatsregierung in Person des Ministerpräsidenten auf dem Bayerischen Städtetag im Juli 2022 konfrontiert wurde.<sup>28</sup> Die Städte forderten in einer einstimmig erlassenen Resolution Vorgaben und Planungssicherheit. In Nr. 3 der Resolution heißt es:

„Notwendig ist ein konsistentes nationales Konzept zur Erreichung der Klimaziele bis 2045 (Bund) bzw. bis 2040 (Freistaat Bayern), aus dem die Rahmenbedingungen für die Kommunen sowie ihre Finanzierung deutlich werden, z. B. Verfügbarkeit von Wasserstoff, Ausbaupfade bei den erneuerbaren Energien, Umbau der Gasnetze, Verbot von Heizungen auf fossiler Basis und Ausrichtung des Rechts- und Förderrahmens hierauf.“

Deshalb fordert der Bayerische Städtetag, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe festzuschreiben und entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Beidem kommt auch das dreigeteilte, zweite Klimaschutz-Maßnahmenpaket nicht nach.

Umso anerkennenswerter, dass bayerische Kommunen trotz dieser Erschwernisse die Dinge selbst in die Hand nehmen. Man nehme das Beispiel Buttenheim, das die im Klimagesetz auf Bundesebene definierten Einspar- und Ausbauziele auf ihren Ort herunterbrechen und sich dann Gedanken machen, wie sie die Pariser Klimaziele erfüllen können. Der Gemeinderat definierte Vorgaben, Ziele, Zeitpfade und Kontrollen, alles wurde transparent kommuniziert, breit diskutiert, nachvollziehbar ausgeschrieben und umgesetzt. Entsprechend erzielt ein Bürgerentscheid für Windenergie eine Zustimmung von 70%, was auch damit zusammenhängt, dass die finanziellen Vorteile durch Bürgerbeteiligung umgehend im eigenen Geldbeutel bemerkbar waren.<sup>29</sup>

Auch Nürnberg hat sein Restbudget selbst berechnet und macht dies zur Grundlage der Planung seiner Klimaziele und Reduktionspfade, ignoriert dabei aber auch mal Bürgerentscheide und rudert ohne erkennbare Not hinter beschlossene Konzepte zurück.

Aber der Reihe nach:

## 5 Das 2. Klimaschutzgesetz plus Umsetzungspaket

Das 1. Klimaschutzgesetz trat am 1.1.2021 in Kraft und wurde von Ministerpräsident Söder nur wenige Monate später, nach Klimaurteil des BVerfG im April 2021, zur Generalüberholung freigegeben. Die zog sich, samt Entwürfen, Anhörungen, Überarbeitungen... hin bis 2022, das 2. Klimaschutzgesetz trat am 1.1.2023 in Kraft. Es ist als Dreierpaket verabschiedet: Klimaschutzgesetz, Klimaschutzprogramm-Maßnahmenpaket, Finanzierungspaket.

Das Gesetz ist kurz, dort sind v.a. politische Ziele und viel Soll und Kann-Darlegungen, das Maßnahmenpaket ist deutlich länger, aber nicht viel besser, es enthält teilweise schon laufende Dinge, zeigt keine klaren Reduktionspfade und -verpflichtungen, keine klare Darlegung, wie die

---

<sup>27</sup> Etwa David Schiepek, der in einem Video unseres Bündnisses auch das zweite Klimaschutzgesetz auseinandernimmt, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=8As0Zf25xyY>

<sup>28</sup> [https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Infobriefe/2022/IB\\_07\\_08.pdf](https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Infobriefe/2022/IB_07_08.pdf)

<sup>29</sup> S. 234 in Sterner, M. (2022) So retten wir das Klima. Komplett Verlag.



Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Maßnahmen genau zu welchen Reduktionszielen beitragen werden, wie das kontrolliert und ggf. erzwungen werden kann. Und: Klagen gegen Nicht-Erfüllung sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Es enthält zudem Rückschritte zum 1. Klimaschutzgesetz, wie etwa Wegfall der Solarpflicht für private Neu- und Umbauten (nur noch bei gewerblichen Bauten) oder Solarkataster.

## 5.1 Klimaneutralität von Staatsregierung und Staatsverwaltung

Daraus ergeben sich weitere Schwachstellen: Noch am 1.3.2023 konnte auf der Website der Staatsregierung nachgelesen werden, dass die Staatsregierung bis 2023 (!) klimaneutral sein möchte.<sup>30</sup> Dabei wusste die Staatsregierung 2021 nicht einmal, wieviel sie selbst gerade verbraucht, und wollte deshalb den Sachbedarf erstmal ermitteln.<sup>31</sup> Lediglich das Umweltministerium hat seine Bilanz erstellt und kompensiert seinen Ausstoß durch Zertifikatezukauf in China.<sup>32</sup>

Die Absicht der Klimaneutralität wird bekräftigt. Im Maßnahmenpaket heißt es: Die Bayerische Staatsregierung soll bis 2023, Bayerische Staatsverwaltung bis 2028 klimaneutral sein.

## 5.2 Konkrete Maßnahmen Umweltschutz

### 5.2.1 Renaturierung von Mooren

Allein die Renaturierung der Moore im staatlichen Besitz: Bei aktuellem Tempo würde es 260 Jahre dauern.<sup>33</sup> Daneben sollte das ökologische Potenzial von Flussauen oder Renaturierung von Flüssen nicht vergessen werden, das nicht vorkommt.

### 5.2.2 10% nicht-wirtschaftlich genutzte Waldgebiete

„Der Schutz des Waldes hat für uns eine besondere Bedeutung. Wir nehmen dauerhaft rund 10 % der staatlichen Waldflächen als nutzungsfreie Naturschutzflächen und Naturwaldflächen von der forstwirtschaftlichen Nutzung aus.“ (S. 29). Das ist erstmal gut und scheint einen Sinneswandel beim Waldmanagement anzudeuten. Nur: das Ganze wurde ohne fachliches Konzept durchgezogen und gipfelt – im wahrsten Sinne des Wortes - in dem Schutz von umfangreichen Latschen-Gebüschzonen an der Waldgrenze. Diese wurden und werden nicht wirtschaftlich genutzt und brauchen keinen Schutz vor Holznutzung. Sie dienen offenbar nur dazu das Naturwaldziel auf dem „Papier“ zu erreichen und sollen den begründeten Schutz von Laubwäldern andernorts verhindern. Und: So begrüßenswert die Herausnahme von 10% der Staatswaldfläche aus der wirtschaftlichen Nutzung ist: Vorsorglich haben einige FW/CSU Abgeordnete bereits eine möglicherweise irgendwann geplante Ausweitung von Naturwaldausweisungen per Landtagsdrucksache zu unterbinden versucht.<sup>34</sup>

---

<sup>30</sup> „Am 21. Juli 2021 hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, vor dem Bayerischen Landtag eine Regierungserklärung zum Klimaschutz gehalten. Die Bayerische Staatsregierung hat ihre Klima-Ziele im Externer Link: Mit einem Klick auf diesen Link verlassen Sie die Webseite [www.bayern.de](http://www.bayern.de) Bayerischen Klimaschutzgesetz festgeschrieben:

1. Klimaneutralität Bayerns bis 2040,
2. Klimaneutralität Staatsregierung bis 2023,
3. Reduktion der Treibhaus-Emissionen um 65 Prozent bis 2030.“

<https://www.bayern.de/politik/klimaschutz-in-bayern/>

<sup>31</sup> S. 6 Konkret in Punkt 1.15, S. 21: Erstmal Sachstand ermitteln, wie konkret es weitergeht soll dann geschaut werden.

<sup>32</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/klima-muenchen-regierung-kennt-die-menge-der-eigenen-co2-emissionen-nicht-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-210711-99-337312>

<sup>33</sup> <https://www.martin-stuempfig.de/news/detailansicht/article/klimaschutzgesetz-der-soeder-regierung-aussen-hui-innen-pfui.html>

<sup>34</sup> Beleg in BUND Artikel, der April/Mai publiziert wird.

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Interessant ist, dass der Koalitionsvertrag kommentarlos die Ausweisung eines dritten Nationalparks ablehnt – was von Umweltschutzverbänden für den Steigerwald gefordert und von der deutlichen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

### 5.2.3 Zukunftssicheres Trockenheitsmanagement?

Markus Söder ließ in einem Gespräch mit Erzbischof Schick erkennen, dass er sehr wohl um Trockenheitsprobleme im Bayerischen Norden weiß und er gar von „jordanischen Verhältnissen“ sprach.<sup>35</sup>

Dazu gab die Staatsregierung 2020 eine Studie in Auftrag, deren Ergebnis ein Jahr später an Minister Glauber überreicht wurde. Von dieser Zeremonie gibt es eine Pressemeldung mit Foto, aber die Studie selbst ist auf der Ministeriumswebsite nicht zu finden.<sup>36</sup> Hat man sie endlich aufgestöbert,<sup>37</sup> findet man darin viele Dinge, die beunruhigen und Sorgen und Arbeit machen, insgesamt etwa eine Absage an technische Lösungen sind und der Appell, die natürlichen Gegebenheiten zu schützen und zu pflegen. Bemerkenswert: Die Absage an Freiwilligkeit und Förderung allein oder die Absage an künstlicher Bewässerung und die Bedeutung von Regenbewässerung bzw. die Aufnahmefähigkeit des Bodens für Regenwasser. „Ein langfristig gesichertes Investitionsprogramm „Trockenheit“ muss aufgestellt werden! (Vgl. Hochwasser-Aktionsprogramm 2020plus)“ (S. 42), ist mir aber nicht bekannt.

### 5.2.4 Flächenverbrauch

Der soll bis irgendwann auf 5 ha/Tag sinken, ohne dass eine Jahreszahl präzisiert, bis wann dies passieren soll. 2021 liegt er bei 10,3 ha/Tag, was 15 Fußballfeldern entspricht, immerhin ein Sinken von 11,6 ha/Tag (2020), was wiederum ein Anstieg war von 10,8 ha/Tag in 2019.<sup>38</sup>

Dabei dürfte die Lage noch schlimmer sein, denn ein drastisches Sinken des Flächenverbrauchs von 2013 auf 2016 ist lediglich einer neuen Berechnungsmethode zuzurechnen. Ergo: Ein sinkender Trend kann noch nicht ausgemacht werden.<sup>39</sup>

## 5.3 Konkrete Maßnahmen Energiebereich

### 5.3.1 Bayern ist führend beim Zubau?

Wo nichts ist, kann schnell viel werden. Hierzu der Münchner Merkur am 2.2.2023 mit der Überschrift „Politikklamauk“ von Söder: Ist Bayern wirklich Deutscher Meister bei Erneuerbaren?‘:

„Am Dienstag (31. Dezember) schrieb [Söder](#) auf Twitter: ‚Bayern ist Deutscher Meister 2022 beim Ausbau Erneuerbarer Energien‘.

---

<sup>35</sup> Zitate und Quellen in [https://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg\\_Alt/ZUZW/2210/Statement\\_Alt.pdf](https://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/ZUZW/2210/Statement_Alt.pdf)

<sup>36</sup> <https://www.stmuv.bayern.de/aktuell/presse/pressemitteilung.htm?PMNr=174/21>

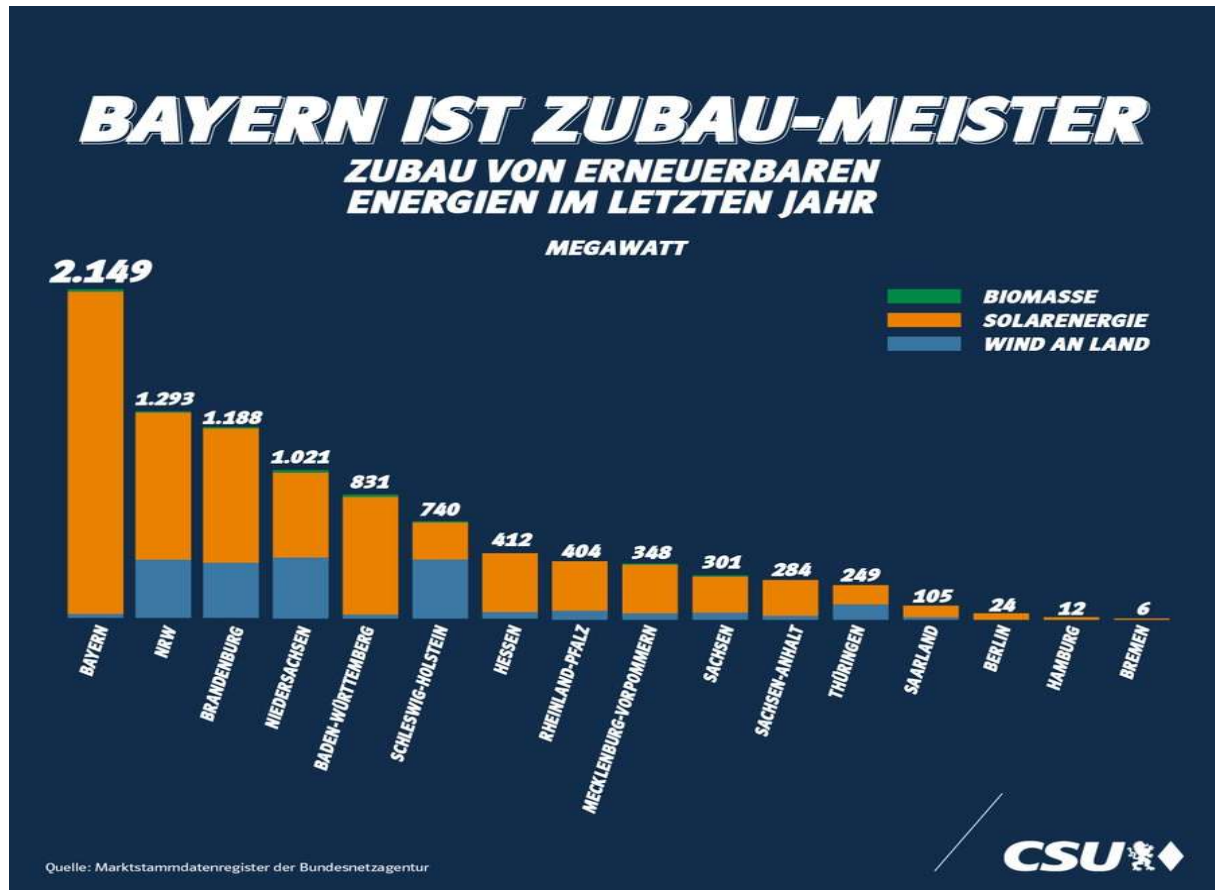
<sup>37</sup>

[https://www.wasser.tum.de/fileadmin/w00bup/wasser/Expertenkommission\\_Bericht\\_Wasserversorgung\\_Bayern/Kommissionsbericht\\_Wasserversorgung\\_in\\_Bayern.pdf](https://www.wasser.tum.de/fileadmin/w00bup/wasser/Expertenkommission_Bericht_Wasserversorgung_Bayern/Kommissionsbericht_Wasserversorgung_in_Bayern.pdf)

<sup>38</sup> (Ein Bericht des BR vom Februar 2023 könnte nahelegen, dass der Flächenverbrauch 2022 auf 12 ha/Tag gestiegen ist, damit wäre Bayern deutschlandweit in absoluten Zahlen Spitzenreiter.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/flaechenverbrauch-von-diesen-laendern-kann-bayern-etwas-lernen,TW8lhzD> Aber: Die Zahl sieht verdächtig nach der aus dem Jahr 2019 aus).

<sup>39</sup> <https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/flaechenverbrauch-geht-bayern-leicht-zurueck-570503>



Der Ministerpräsident beruft sich in seinem Tweet auf die absoluten Zahlen des ‚Zubaus erneuerbarer Energien in Megawatt‘. Die Zahlen sind per se korrekt, werden aber nicht ins Verhältnis etwa zur Einwohnerzahl oder der Fläche gesetzt. Setzt man die Zahlen ins Verhältnis, landet Bayern [wie schon 2021](#) eher im Mittelfeld, als an der Spitze. Betrachtet man nur die 13 Flächenländer, stürzt Bayern bei der installierten Leistung pro Quadratkilometer [nach Berechnungen des Bayerischen Rundfunks](#) auf Platz neun ab. In Puncto Zubau der Erneuerbaren – Söders Argumentation in seinem Tweet – kommt absolut rund ein Viertel aus Bayern, in Relation ist der Freistaat [wiederum Sechster](#).<sup>40</sup>

Vorhersage: Der Anteil Erneuerbarer wird einen weiteren Sprung machen, wenn die Atomkraft abgeschaltet wird 😊

### 5.3.2 Bayern ist schon jetzt führend bei Erneuerbaren Energien?

Auch hier gilt:<sup>41</sup> In absoluten Zahlen vielleicht, Wasser und Solar ist wirklich gut. Aber: Nicht in Relation auf Fläche und Bevölkerung, schon gar nicht in Relation auf das die Verwirklichung des Ausbaupotenzials, dass bei einem großen Flächenstaat wie Bayern natürlich größer ist wie bei Stadtstaaten oder relativ kleineren Flächenstaaten wie Schleswig-Holstein oder Saarland.

Und: Nicht in Relation auf den Energieverbrauch, denn wenn man die Energie mit reinrechnet, die in anderen Bundesländern oder gar im Ausland per Kohlekraft erzeugt wird und deren Dreck dort in die Statistik einfließt, würde es in Bayern nochmals ganz anders aussehen.

<sup>40</sup> <https://www.merkur.de/politik/bayern-markus-soeder-erneuerbare-energie-solar-wind-ausbau-energiepolitik-vergleich-news-92063159.html>

<sup>41</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/daten-analyse-wieviel-erneuerbare-energie-steckt-in-bayern,TNGCCJ8>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Und: Solar reicht halt nicht, weil Wind gebraucht wird, wenn nachts oder im Winter die Sonne nicht scheint. Und da hakts in Bayern erheblich

Ja, Bayern könnte von Erneuerbaren Energien leben.<sup>42</sup> Der Umbau würde den überschaubaren Betrag von 167 Milliarden Euro kosten, was sich schnell amortisieren würde.<sup>43</sup> Aber das Ausbautempo wird selbst von der bayerischen Wirtschaft kritisiert.<sup>44</sup>

### 5.3.3 Solarpflicht

Maßnahmenpaket, Punkt 1.16: Bekräftigung der Photovoltaikpflicht. Aber: Solakataster, im alten Klimaschutzgesetz von 2020 noch drin, ist rausgefallen. Solarpflicht ist im neuen Gesetz nur bei Gewerbebauten, nicht aber bei allen neuen Dächern, also auch privaten, drin.

Bei staatlichen Dächern: „Mehr als 96 Prozent der staatlichen Gebäude haben keine Solarpaneele auf dem Dach, so die Antwort des Bauministeriums. Von Photovoltaik-Anlagen über Parkplätze an Staatsgebäuden sei bisher gar nichts bekannt. Auch wenn der Freistaat Neubauten errichtet, verzichtet er in über 85 Prozent der Fälle auf Solarzellen.“<sup>45</sup> Soviel zum guten Beispiel.

Denkmalschutzbestimmungen werden zwar inzwischen offensichtlich gelockert, aber das scheint noch nicht überall angekommen und umgesetzt zu sein.

### 5.3.4 Windenergie

Während Bayern bei Photovoltaik/Solar gut ist, geht's nicht ohne Wind: Den braucht man, um nachts und im Winter fehlende Sonnenenergie auszugleichen.

Das ist in der CSU bekannt: Der einflussreiche Arbeitskreis Energiewende (AKE) schreibt 2021 (!) auf S. 7 seines Positionspapiers „Energiesystem der Zukunft“:<sup>46</sup>

„Windenergie leistet den größten Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung. Deswegen wird der Ausbau der Windenergie entscheidend sein für eine erfolgreiche Energiewende. Mit Abstrichen gilt das auch für Bayern. ... (Es) zeigt die Erfahrung mit bestehenden Anlagen, dass auch hier ein wirtschaftlicher Betrieb möglich und sinnvoll ist. Der Ausbau der Windkraft in Deutschland wird auch zukünftig vor allem in den windreichen Regionen Nord- und Mitteldeutschlands und auf See erwartet. Mehr Windanlagen auch in Bayern wären aber sowohl für die regionale Wertschöpfung als auch für eine bessere Versorgung in der Fläche vorteilhaft.“

Zwei Jahre später hinkt Bayern (immer noch) deutlich hinterher, wenn es darum geht, inwieweit ein Bundesland dem angestrebten 2 Prozent der Fläche Ziel bereits entspricht, so ergab etwa eine Untersuchung des Redaktionsnetzwerk Deutschland Ende 2022:

---

<sup>42</sup> <https://www.epe.ed.tum.de/es/publikationen/bayernstudie/>

<sup>43</sup> [https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2022/Downloads/vbw\\_Studie\\_Abschaetzung-Investitionen-Klimapfade-fuer-Bayern\\_August\\_2022.pdf](https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2022/Downloads/vbw_Studie_Abschaetzung-Investitionen-Klimapfade-fuer-Bayern_August_2022.pdf)

<sup>44</sup> 11. Energiemonitoring der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Januar 2023  
<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/studie-energiewende-schreitet-in-bayern-zu-langsam-voran,TTUCJQF>

<sup>45</sup> 5.4.2022 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/trotz-soeder-ankuendigung-kaum-photovoltaik-auf-staatsdaechern,T23G8Co>

<sup>46</sup>

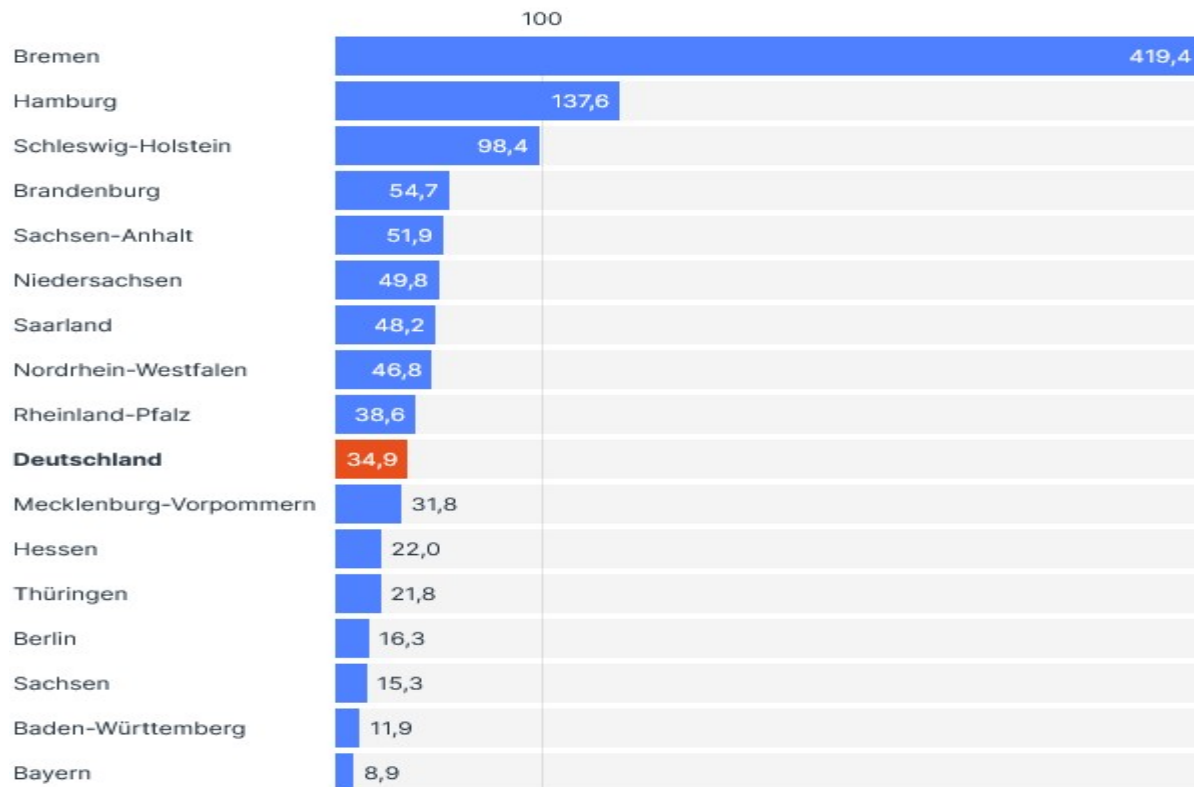
[https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/partearbeit/ake/20220125\\_V5\\_AKE\\_Positionspapier\\_A4.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/partearbeit/ake/20220125_V5_AKE_Positionspapier_A4.pdf)

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

## Wie weit die Länder sind

Anteil der installierten Windkraftleistung an Land in Prozent der angestrebten Leistung (länderspezifische Ziele) in Prozent. Stand: 31.12.2022

bundesweites 2-Prozent-Ziel ansehen



Quelle: Marktstammdatenregister, Statistische Ämter, eigene Berechnung

Es darf gefragt werden, ob die kürzlich in die Windenergie gekommene Bewegung gekommen wäre, hätte die Ampel nicht die 2% Flächenregel aufgesetzt und damit die Bundesländer zum Handeln getrieben.

### 5.3.5 Power to Gas, Batterien & andere Speichertechnologien

Power to Gas wird als Energie-Speichertechnologie im Kontext der Bayerischen Wasserstoffstrategie erwähnt. Es ist jedoch aufwändig und teuer und erst in vielen Jahren einsetzbar.<sup>47</sup> Entsprechend sollte geschaut werden, dass staatliche Subventionen auch in andere Speichertechnologien fließen, etwa Batteriespeicher, die jetzt schon existieren, bereits marktwirtschaftlich finanzierbar sind<sup>48</sup> bzw. mit staatlicher Förderung beschleunigt zur Marktreife geführt werden können. Hinzu kommt die

<sup>47</sup> [https://www.energie-lexikon.info/power\\_to\\_gas\\_\\_ein\\_hype.html](https://www.energie-lexikon.info/power_to_gas__ein_hype.html)

<sup>48</sup> Sehr wenig Berichterstattung gibt es aber über „Großbatteriespeicher der nächsten Generation“. So sind in Deutschland derzeit mehrere Großbatteriespeicher in der Größenordnung von 100 Megawattstunden und mehr in Planung, im Bau oder bereits in der Fertigstellung. Während öffentliche Projekte wie beispielsweise die geplanten Netzbooster allgemein transparent gemacht werden müssen, handelt es sich hier um eigenwirtschaftliche und marktgetriebene Projekte. Bei diesen Projekten werden zuallererst geeignete Netzanschlussknoten identifiziert, Grundstücke und Genehmigungen akquiriert und die Betreibermodelle mit Investoren vereinbart. Denn das ist die Besonderheit dieser neuen Generation von Großbatteriespeichern: Sie finanzieren sich generell selbst rein aus Markterlösen! <https://www.pv-magazine.de/2022/12/14/grosse-batteriespeicher-der-naechsten-generation-fuer-die-energiewende/> Siehe auch <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiewende-siemens-tochter-baut-mega-batteriespeicher-fuer-strom/28724584.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Herausforderung, Speichermöglichkeiten über Heimspeicher und die Batterien von Elektroautos besser auszunützen.<sup>49</sup>

Eine weitere Lösung gegen Dunkelflauten wäre, innerhalb von Europa die Stromnetze besser vernetzen. Irgendwo weht immer Wind, oder es könnte Strom aus norwegischen Pumpspeicherwerken in den Süden fließen, wenn es Bedarf gibt. Damit wären wir beim Problem Netzausbau.

### 5.3.6 Netzausbau

Bekannte Probleme, was die Trassen von der Nordsee nach Bayern betrifft. Eine dezentrale Energieversorgung funktioniert aber nur mit massiv ausgebauter Windkraft und guten Speichertechnologien, an beidem hakts in Bayern. Wie eine gute Balance zwischen zentralen und dezentralen Netzen aussehen könnte: Dafür scheint es noch kein Gesamtkonzept zu geben.<sup>50</sup>

### 5.3.7 Geothermie?

Gerade Bayern bietet für Geothermie hervorragende Optionen,<sup>51</sup> die allerdings zunächst aufwändige Erkundungsbohrungen erfordern. Frage stellt sich also, warum ausgerechnet hierzu nichts im Koalitionsvertrag steht. Vermutlich, weil auch hier Bayern jetzt schon deutschlandweit in absoluten Zahlen führend ist.<sup>52</sup> Es geht aber auch hier um das Potenzial, welches mit Anschubfinanzierung ausgeschöpft werden könnte – und da ist noch sehr viel Luft nach oben.

### 5.3.8 Fehlende Erneuerbare Energien: Gefahr für Wirtschaftsstandort

Der Koalitionsvertrag betont zwar, wie wichtig Energie für die Wirtschaft ist, vergisst aber zu erwähnen, dass Mega-Investitionen jetzt schon außerhalb Bayerns getätigt werden, weil die Erneuerbaren dort verfügbarer sind.

„Die jüngsten, größeren Industrieansiedlungen mit Tesla in Brandenburg, Intel in Sachsen-Anhalt sowie Northvolt in Schleswig-Holstein werden dort realisiert, wo der Windkraftausbau läuft. Inzwischen scheint der Süden aber aufzuwachen, insbesondere die Wirtschaftsverbände fordern immer deutlicher den Ausbau der Erneuerbaren. Das zeigt erste Erfolge, wie die Lockerung der 10-H-Regelung in Bayern, wonach der Mindestabstand einer Windkraftanlage zur nächsten Wohnbebauung das Zehnfache ihrer Höhe betragen muss. Zur Versorgung des „Chemiedreiecks“ im Osten Bayerns ist jetzt sogar einer größten Windparks Deutschlands geplant. Doch der allein wird kaum reichen.“<sup>53</sup>

Auch bei bayerischen Unternehmern ist eine Tendenz zu beobachten, lieber im Ausland als in Bayern zu investieren.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> <https://www.enbw.com/unternehmen/eco-journal/batteriespeicher-aus-elektroautos-fuer-die-energiewende.html> sowie Sterner, M. (2022) So retten wir das Klima. Komplett Verlag

<sup>50</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/ist-die-energiewende-ohne-stromtrassen-moeglich-faktenfuchs,TW0dInf>

<sup>51</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bayern-gruene-freistaat-soll-geothermie-bohrungen-finanzieren,TXcNRQh>

<sup>52</sup> Siehe DIW/FÖS (2022) Zukunftsfähiges Bayern, S.18f.

<sup>53</sup> <https://www.rnd.de/wirtschaft/windkraft-ausbau-so-steht-es-um-die-windenergie-in-deutschland-QYQS3TIUAJDGXMB22CAC544JZM.html>

<sup>54</sup> <https://www.main-echo.de/regional/franken-bayern/die-angst-vor-der-deindustrialisierung-geht-um-in-suedostbayern-art-7833731>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

## 5.4 Maßnahmen Wärmewende

### 5.4.1 Kraft-Wärme-Kopplung

Koalitionsvertrag will Kraft-Wärme-Kopplung beibehalten. Das ist aber dann Unfug, wenn es weiter an fossile Energien geknüpft ist und insofern auch auslaufen sollte. Nach einer Studie der ScientistsForFuture ist das auch geboten und möglich und sollte maximal noch in Ausnahmefällen und lokal als Fallbackoption im Fall von Dunkelflauten vorgehalten werden.<sup>55</sup> Übrigens: Hoffnungsvolle Alternativen wie Geothermie oder Wärmepumpen kommen nirgends im Koalitionsvertrag vor.

### 5.4.2 Energetische Sanierung/Staatlicher Gebäudebestand?

Energetische Sanierung wird erwähnt, ebenso heißt es: „Der Freistaat geht hier mit der Sanierung von staatlichen Gebäuden als Vorbild voran“. Aber: Punkt 1.17 des Klimagesetz Maßnahmenpakets präzisiert: Nur im Rahmen ohnehin anfallender Sanierungen innerhalb der nächsten 30 Jahre (d.h. bis 2050!). Ja, der Austausch von Ölheizungen durch Wärmepumpen wird bezuschusst, was erkennen lässt, dass die Staatsregierung das Potenzial dieses Bereichs erkennt.

### 5.4.3 Biomasse und Biogas als Wärmeträger

Oft mit dem Anbau von Monokulturen verbunden, um verwertbare Biomasse dadurch zu vergrößern. Wo aber Maisanbauwüsten sind, geht dies auf Kosten von Umwelt- und Artenschutz,<sup>56</sup> ein Kritikpunkt auch des AbL Bayern.

Die Gefahren der Übernutzung von Holz als Energie- und Wärmeträger wurde oben bereits erläutert.

## 5.5 Nachhaltige Mobilität

Der Verkehrssektor ist, was das Klima betrifft, das Problemkind in Bayern. 6.430 km Schienenkilometer, davon ca. 50% elektrifiziert, stehen 40.000 Straßenkilometer gegenüber, in keinem Bundesland Deutschlands ist der MIV derart verbreitet wie in Bayern, was auch mit der schlechten ÖPNV Versorgung auf dem Land zu tun hat. Auch der sehr umfangreiche Güterverkehr findet zu 83% auf der Straße statt. Entsprechend steigen in diesem Segment die Emissionen, während sie anderswo sinken und weitere Anstiege sind bis 2025 prognostiziert.<sup>57</sup>

Bayern liegt im Bundesländer-Index Mobilität und Umwelt 2020/2021 auf dem letzten Platz<sup>58</sup>

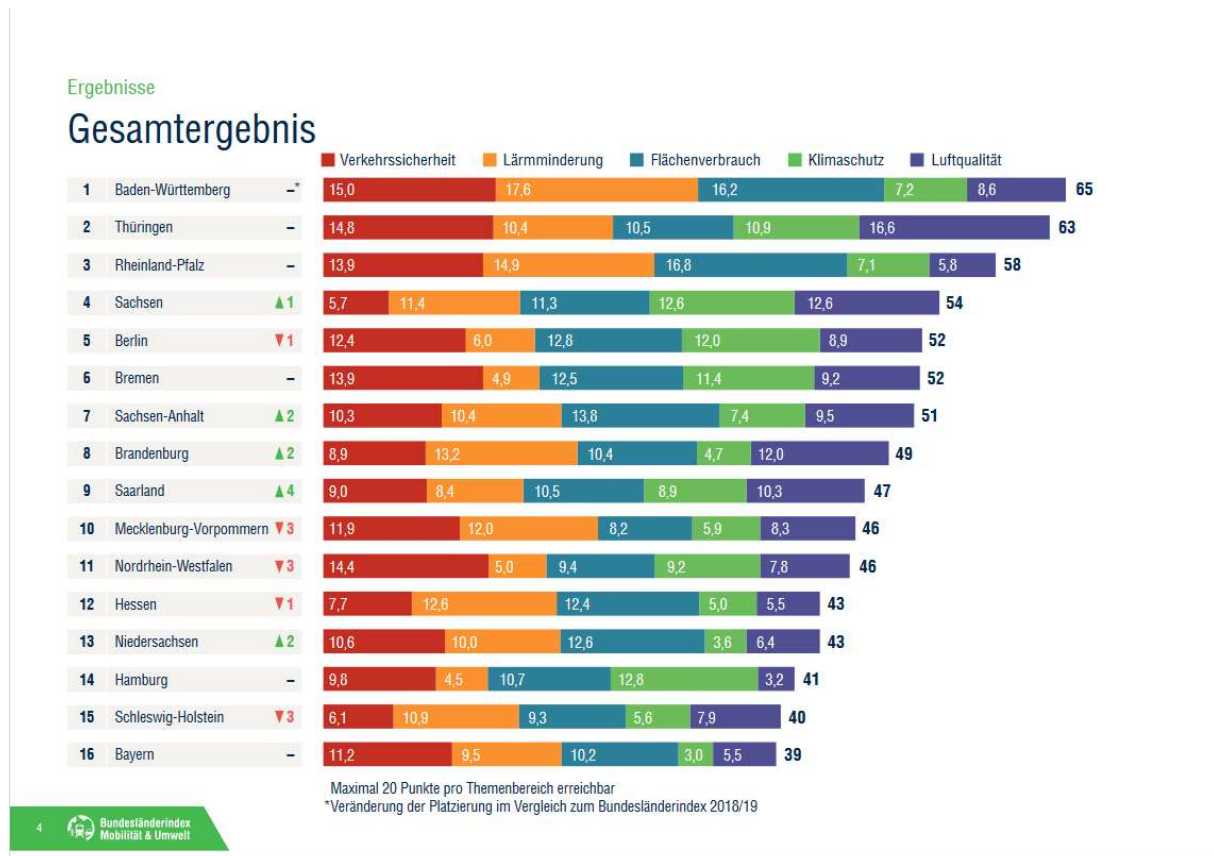
---

<sup>55</sup> <https://de.scientists4future.org/alte-energietechnologie-findet-neue-rolle-in-der-waermewende/>

<sup>56</sup> <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/biogas-biomasse-mais-monokulturen-alternativen-100.html>

<sup>57</sup> S. 46ff. DIW/FÖS Studie „Zukunftsfähiges Bayern“ <https://diw-econ.de/publikationen/zukunftsaehiges-bayern/>

<sup>58</sup> [https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2020/10/2020\\_Bundeslaenderindex.pdf](https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2020/10/2020_Bundeslaenderindex.pdf)



Der Koalitionsvertrag behandelt Mobilität und Verkehrswende nicht im Teil „Nachhaltiges Bayern“, sondern im Teil „Modernes Bayern“. Der erste Satz klingt zu schön, um wahr zu sein: „Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Bussen, Bahnen, Autos und Fahrrädern ist unser Konzept, um auch in Zukunft die Verkehrsmittel für eine immer mobiler werdende Gesellschaft bereitzustellen.“ Was reale Investitionen betrifft, so sieht es leider anders aus.

### 5.5.1 365 Euro Ticket

Im Koalitionsvertrag wird die Einführung des 365 Euro Tickets auf S. 48 angekündigt, freilich ohne Zeitangabe. Aber: Söder forderte im Juli 2022 das 365 Euro Ticket als bundesweite Nachfolgelösung des 9 Euro Tickets.<sup>59</sup> Unterstützung für Nürnberg mit seinen zwei erfolgreichen Bürgerbegehren dazu sowie für den VGN als dazugehörigen Verkehrsverbund blieb natürlich auch aus.

### 5.5.2 Parkgebühren

Folgend dem Wiener Modell, welches sein 365 Euro Ticket u.a. durch hohe Parkgebühren, auch beim Anwohnerparken, gegenfinanziert, würden eine Reihe von Kommunen ähnlich vorgehen. Dürfen sie aber nicht.<sup>60</sup>

### 5.5.3 Reaktivierung stillgelegter Bahnlinien

Auf S. 49 sagt der Koalitionsvertrag „Im Schienenpersonennahverkehr wollen wir den „Bayerntakt“ sukzessive so flächendeckend wie möglich zum Stundentakt ausbauen. ... Stillgelegte Eisenbahnstrecken wollen wir dort reaktivieren, wo es sinnvoll und möglich ist.“

In diesem Zusammenhang haben die FFF Forchheim eine Petition für die Reaktivierung einer stillgelegten Bahnlinie eingereicht. Im Ergebnis, so aus deren Email: „Diese wurde letztendlich vom

<sup>59</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-07/soeder-365-euro-jahresticket-tankrabatt>

<sup>60</sup> <https://www.nn.de/bayern/auch-in-nurnberg-furth-und-erlangen-stadte-befurworten-hohere-parkgebuehren-1.11801230>



Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Verkehrsausschuss als ‚nicht unberechtigt‘, aber aufgrund von Rechtsvorschriften aktuell nicht umsetzbar eingestuft.“

Zudem wurde im Zuge des Petitionsverfahrens seitens des Verkehrsminister bezweifelt, dass diese Strecke ausbaufähiges Potenzial habe.<sup>61</sup> Das ist freilich theoretisch schwer zu sagen. Die Erfahrung anderer Strecken zeigt aber, dass eine attraktive Verbindung, ist sie erstmal vorhanden, durchaus zieht und Wachstumsraten generiert.<sup>62</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass dies weiter der Fall ist, steigt auch und gerade angesichts des wachsenden Problembewusstseins in der Bevölkerung.

#### 5.5.4 Fahrrad Schnellwege

An Rechtlichem und Verwaltungstechnischem scheitern auch die geplanten „Fahrradautobahnen“ zwischen Kommunen, etwa an der erfolgten Überarbeitung von Planfeststellungsverfahren.<sup>63</sup>

#### 5.5.5 Bayern Autoland

So oft, wie das betont wird, ist klar, was Priorität ist. Vermutlich ist selbst das Flugtaxi und Bavaria 1 noch prioritärer wie Schiene oder Fahrrad.

Absurd ist die Diskussion gegen das Verbot von Verbrennermotoren: Generalsekretär Söder forderte 2007 ein Verbot des Verbrennermotors bis 2020.<sup>64</sup> Und 2020 forderte Söder das Verbrenner-Aus bis 2035, was ihm sogar Lob von den Grünen einbrachte.<sup>65</sup> Die EU beschließt das Verbrenner-Aus bis 2035, Söder ist dagegen. Verschlimmert wird es durch die damit verbundene Befürwortung von E-Fuels,<sup>66</sup> gerade angesichts von deren Unwirtschaftlichkeit in Bezug zum schleppenden Ausbau Erneuerbarer Energien eine Irreführung und Täuschung von Arbeitnehmern in der Autoindustrie, da man überall sonst auf Elektromobilität und maximal Wasserstoff setzt. Spätestens im CSU Wahlprogramm ist endgültig klar: Bayern ist und bleibt Autoland, die Straße Verkehrsträger Nr. 1.

Der staatliche Fuhrpark soll auf 20% Elektroautos umgestellt werden. Es wird aber offengelassen, bis wann das passieren soll.

#### 5.5.6 Elektrifizierung

Die Elektrifizierung von Bahn und Bus ist in Bayern bislang auf niedrigem Niveau und soll vorangetrieben werden. Das ist gut. Es ist aber auf S. 50 auch von Hybrid-Lösungen die Rede, was ja i.d.R. Mogelpackungen sind, die letztlich doch viel fossile Energien verwenden. Auch steckt hier vielleicht immer noch der Traum von E-Fuels versteckt, der grundsätzlich Unfug ist.

#### 5.5.7 Straße & Schiene, Güter weg von der Straße

S. 50 „Wir investieren in unsere Staatsstraßen. Die Straße ist und bleibt Verkehrsträger Nummer eins in Bayern. Die entsprechenden Investitionen auf Rekordniveau garantieren wir auch für die Zukunft.“

---

<sup>61</sup> <https://www.nordbayern.de/region/forchheim/wiesenttalbahn-verkehrsminister-sieht-keine-perspektive-fur-taktverdichtung-1.11913776>

<sup>62</sup> <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/personenverkehr/nahverkehr/#header7>

<sup>63</sup> ‚Natürlich könne man zwischen schönen Städten schöne Radschnellwege bauen. "Das ist aber rechtlich teilweise gar nicht möglich. Weil diese Staatsregierung nicht dafür sorgt, dass im Planfeststellungsverfahren regionale Übergriffe geplant werden dürfen“, so Aures. Gemeint sind einheitliche Kriterien zwischen mehreren Gebietskörperschaften, die bisher fehlen.‘ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bernteiler-turbo-fuer-investitionen-in-schiene-und-strasse,TUeWIA5>

<sup>64</sup> <https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/a-469671.html>

<sup>65</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nach-kalifornischem-vorbild-soeder-spricht-sich-fuer-verbrenner-zulassungsverbot-ab-2035-aus/26221840.html>

<sup>66</sup> <https://www.merkur.de/wirtschaft/verbrenner-aus-2035-eu-parlament-staatsregierung-bayern-kritik-elektroautos-soeder-aiwanger-92089735.html>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Wir wollen das Staatsstraßennetz bestandsnah fortentwickeln, um mit den vorhandenen Mitteln mehr Straßen sanieren zu können.“

Das deckt sich mit dem faktischen Ausgabenverhalten bayerischen Kommunen und des Freistaates für den Straßenbau, die zwischen 2010 und 2020 von 1,1 auf 1,8 Milliarden Euro anstiegen.<sup>67</sup>

Überhaupt ist die Zuständigkeit kompliziert: Schienennetz, Autobahn und Bundesstraßen finanziert Bund, Staatsstraßen/Teile des Regionalnetzes Bayern, dritter Akteur sind Straßen in kommunaler Zuständigkeit.

In BR Talkshow fordert Bernreiter am 1.2.2023 mehr Geld vom Bund (!) für die Verkehrswende. Was Bayern betrifft: „Um die Relation der bayerischen Infrastrukturausgaben deutlich zu machen, rechnete Bernreiter vor: "Für den Schienenpersonennahverkehr gibt der Freistaat im Jahr 1,5 Milliarden Euro aus – für seine Staatsstraßen nur 450 Millionen Euro." Außerdem zahle der Bund im Jahr 2023 zwei Milliarden Euro weniger für die Schiene als damals die Große Koalition im Jahr 2021.“<sup>68</sup>

Im Koalitionsvertrag steht zudem die Absicht, mehr Güter von Straße auf Schiene zu bringen. Nur: was haben sie dafür getan? Bundesratsinitiativen um mehr Geld zu bekommen?

#### 5.5.8 Innovative Projekte?

Der Koalitionsvertrag befürwortet sodann „innovative“ Projekte wie urbane Seilbahnen oder Flugtaxis als ÖPNV. Abgesehen davon, dass ein Flugtaxi von den Treibhausemissionen deutlich schlimmer ist als herkömmliche Taxen sollte man vielleicht einmal zunächst dorthin schauen, wo mit weniger innovativem Aufwand viel erreicht werden kann: Etwa Apps, die das Bestellen und Bezahlen von Ruftaxis und Rufbussen dort ermöglicht, wo später am Tag keine Anschlussmöglichkeiten an vorhandenen ÖPNV mehr existieren. Oder Apps, die das Vernetzen von PendlerInnen für Mitfahrgelegenheiten ermöglicht, damit vorhandene Angebote besser ausgelastet und wirtschaftlicher sind.<sup>69</sup>

#### 5.5.9 Lärmschutz, Bodenqualität, Luftreinheit?

Verkehr verschlingt ja nicht nur fossile Energie, es ist auch ein Lärmfaktor, verunreinigt den Boden, versiegelt Flächen und verdreckt die Luft. Verkehr ist also auch direkt ein Gesundheitsrisiko. Diese Verbindung zwischen Verkehrsbelastung und Gesundheitsrisiko fehlt im Koalitionsvertrag.

In der praktischen politischen Diskussion war und ist es allerdings durchaus Thema, durch die Klage der DUH gegen die Staatsregierung sogar auf spektakuläre Weise: Aus der ZEIT:

„[Markus Söder](#) im Gefängnis – das hätte die Deutsche Umwelthilfe gerne gesehen. Denn der bayerische Ministerpräsident weigert sich, in München Fahrverbote für alte Diesel einzuführen, obwohl ein rechtskräftiges Urteil das vorschreibt. Doch die Gefahr, dass Söder, andere Politiker oder hohe Beamtinnen ins Gefängnis müssen, ist weiterhin gering. [Zwar hält der Europäische Gerichtshof \(EuGH\) es grundsätzlich für möglich, Zwangshaft auch gegen Amtsträger zu verhängen](#). Allerdings bedürfe es dazu einer klaren nationalen Rechtsgrundlage – und die fehlt [nach Einschätzung von Juristen](#). Das Urteil war zu erwarten. Und doch gibt es Anlass zur Sorge. Der Fall zeigt, [wie der deutsche Rechtsstaat an seine Grenzen stößt](#). Die Landesregierung war [schon zwei Mal zu je 4.000 Euro Zwangsgeld verurteilt worden](#), weil sie entgegen richterlicher Weisung keine Fahrverbote umgesetzt hatte. Das ist ohnehin ein lächerlich kleiner Betrag. Aber selbst wenn größere Geldstrafen verhängt würden, würde dies ohne Wirkung bleiben: Laut Gesetz muss das Umweltministerium die

<sup>67</sup> S. 47 DIW/FÖS Studie „Zukunftsfähiges Bayern“ <https://diw-econ.de/publikationen/zukunftsfahiges-bayern/>

<sup>68</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bernreiter-turbo-fuer-investitionen-in-schiene-und-strasse,TUeWIA5>

<sup>69</sup> Zum Beispiel eine Integration von <https://www.pendla.com/> in vorhandene Verkehrsverbund-Apps.

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

Strafe an das Innenministerium entrichten, die Landesregierung zahlt also an sich selbst. Wenn Bürgerinnen oder Bürger einem Urteil nicht Folge leisten, können Gerichte Zwangshaft gegen sie verhängen. Aber was kann man tun, wenn politische Amtsträger, etwa Ministerpräsident Söder (CSU), die Rechtsprechung ignorieren?<sup>70</sup>

## 6 Was fehlt?

Werauchimmer denkt, wir haben noch Zeit für die Transformation bis 2040, versteht/kommuniziert nicht die Dringlichkeit und Komplexität der Aufgabe angesichts schon jetzt erfolgender Verletzung planetarer Grenzen und schwindender Zeitfenster.<sup>71</sup> Und nicht die Möglichkeiten, die wir JETZT schon für eine Transformation hätten, wenn die rechtlich-politischen Rahmenbedingungen stimmen würden.

Vom Duktus der Argumente her ist im Koalitionsvertrag (und dem CSU Wahlprogramm) Wirtschaftsförderung von überragender Bedeutung, aber klar auf das aktuelle wachstumsfixierte neoliberale Modell bezogen, das auch mit der Arbeitsplatzsicherung verknüpft wird. Neben diesem Must have ist Nachhaltigkeit und Ökologie eher ein Nice to have.

Während der Klimaschutz schon viele Lücken aufweist, gilt dies ebenso für Umwelt- und Artenschutz in der Folge des überaus erfolgreichen „Bienenvolksbegehren“, in dem Bürgerinnen und Bürger über ein Instrument der direkten Demokratie der Politik gegenüber klare Wünsche und Vorgaben gegeben haben. Fortschritten an einigen Stellen steht Verlangsamung an anderen oder gar Rückrollbemühungen an wieder anderen Stellen entgegen.<sup>72</sup>

Das große Bild sieht also eher düster aus:

Es gibt bestenfalls ein deklaratorisches systemisches Zusammendenken von sozial-ökologischer Transformation in Bayern, internationaler Wirtschaftsgerechtigkeit & der Bekämpfung der Ursachen von Migration bzw. den Folgen des Klimawandels. Und es besteht eine klare Schieflage hinsichtlich des Einsatzes von Ressourcen bei der Abschreckung einerseits, und Entwicklung andererseits, ebenso erschreckt der Widerstand bei der bayerischen Ablehnung des Lieferkettengesetzes, wobei Bayern hier aufgrund seiner Abhängigkeit von Importen großen Einfluss haben könnte. Dabei interessant: Fluchtursachenbekämpfung und „Bayerisches Afrikapaket“ sind die zwei letzten Abschnitten des Koalitionsvertrags. Das Beste zum Schluss? Nein. Zum einen sind diese Darlegungen deutlich unspezifischer als die früheren Ausführungen zu Grenzsicherung, Abschreckung, Abschiebung und Frontex. Zum anderen besteht eine Diskrepanz bei den faktisch eingesetzten Mitteln: 10 Millionen Euro im Budget der Staatskanzlei im Vergleich dazu ein Vielfaches zu Grenzsicherung, Abschreckung und Abschiebung.

Bzgl. der Finanzierung der Transformation ist die Steuerpolitik, bei der die Bundesländer viel Zuständigkeit haben, von Bedeutung (bzw. gerade Bayern ist sich nie zu schade, im Bundesrat und Bayern für seine Sicht der Dinge zu „lobbyieren“). Steuerpolitik hat in unserem Fall zwei wichtige Aspekte: Beim Aspekt Einkommensgenerierung wäre u.a. eine Vermögensteuer wichtig und sinnvoll damit jene, die Jahrzehnte profitierten, auch die Transformation bezahlen.<sup>73</sup> Der Koalitionsvertrag lehnt Steuererhöhungen ab, Erbschaftsteuer soll „regionalisiert“ werden, was gleichzusetzen ist mit schon früher von Söder verfolgten Absichten,<sup>74</sup> etwa mit sehr hohen Freibeträgen bis hin zu einer

---

<sup>70</sup> <https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-12/zwangshaft-urteil-markus-soeder-eugh-diesel-fahrverbote-deutsche-umwelthilfe?page=7>

<sup>71</sup> IPCC, AR6 WGIII, April 2022

<sup>72</sup> <https://volksbegehren-artenvielfalt.de/2023/07/14/bayern-verliert-vorreiterrolle-im-naturschutz/>

<sup>73</sup> Siehe Club of Rome EarthForAll und Forschungsprojekt Steuergerechtigkeit & Armut

<sup>74</sup> <https://www.kfz-betrieb.vogel.de/soeder-befreiung-bei-erbschaftsteuer-erhalten-a-491702/>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

faktischen Aussetzung für viele oder insgesamt einer drastischen Senkung.<sup>75</sup> Und: Selbst die deutlich schwächer als ursprünglich von Schäuble versuchte Erbschaftsteuer soll für Bayern weiter ausgehöhlt werden. Aus Sorge vor der Verlegung des Steuersitzes – statt sich im Rahmen der EU für gemeinsame Vermögensbesteuerungen einzusetzen und so Ausweichen zu vermeiden. Nach dem Scheitern einer Bundesratsinitiative dazu klagt Bayern jetzt in Karlsruhe.<sup>76</sup> Auch die in Bayern abweichend von anderen Bundesländern reformierte Grundsteuer nützt den ohnehin Vermögenden. Diese orientiert sich nicht am Wert von Grundstück und Immobilie, sondern an der Fläche – nach Ansicht von Experten klar verfassungswidrig.<sup>77</sup> Sie belastet Mieter und begünstigt Spekulanten eher als andere Varianten, weshalb Kommunen und Mieterbrund sie kritisieren.<sup>78</sup>

Beim Aspekt „Steuern mit Steuern“ und Abgaben/Gebühren befürwortet der Koalitionsvertrag Emissionshandel und CO2 Preis, aber das ist nunmal nicht wirklich in der Zuständigkeit der Staatsregierung, während eine Verteuerung des Autoverkehrs durch Erhöhung der Parkgebühren zur Generierung von Ressourcen, die in die Subvention des 365 Euro Tickets fließen könnten („Wiener Modell“), schon.

## 7 Was braucht es?

Entscheidend ist zu verstehen/zuzugeben, dass die meisten Krisen von heute Symptome einer unterliegenden Problemursache sind: Das kapitalgetriebenen, wachstumsfixierten, von fossilen Energien abhängigen Weiter-So. Beharren wir darauf, lediglich aktuelle Krisen eins nach dem anderen abzuarbeiten, werden weitere Krisen folgen und die Lage wird immer schwieriger. Deshalb müssen wir an die Problemursache ran.

Das wird oft abgelehnt wegen der Arbeitsplätze und der Kosten. Aber:

- Arbeitsplätze werden auch durch den sich verschärfenden Klimawandel vernichtet werden. Und: Die sozial-ökologische Transformation schafft ja auch neue Arbeitsplätze.
- Was die Kosten betrifft, so sind diese überschaubar. Werden Sie als Investition in die Zukunft verstanden, amortisieren sie sich auch schnell. Siehe etwa für Bayern die DIW/FÖS Studie „Zukunftsfähiges Bayern“<sup>79</sup>.

Wegen der systemischen Zusammenhänge ist es wichtig, nicht immer nur dringliche Probleme eins nach dem anderen abzuarbeiten: Erst Corona, dann Energieknappheit, dann mal wieder eine Überschwemmung.... Sondern man muss an möglichst vielen relevanten Schrauben den Umbau zeitgleich beginnen.

Würde man all dies den Bürgerinnen ehrlich kommunizieren, wären sie sicher zu vielem bereit, wie das auch der geloste Bürgerrat Klima<sup>80</sup> belegt und wie es bei Corona der Fall war. Auch wäre eine höhere Besteuerung und/oder Verschuldung für diesen Zweck angebracht und legitimierbar. Die

---

<sup>75</sup> [https://www.focus.de/politik/deutschland/steuern-um-50-prozent-senken-soeder-formuliert-grosse-reform-der-erbschaftssteuer\\_id\\_4359232.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/steuern-um-50-prozent-senken-soeder-formuliert-grosse-reform-der-erbschaftssteuer_id_4359232.html)

<sup>76</sup> [https://www.haufe.de/steuern/gesetzgebung-politik/klage-wegen-hoerer-erbschaftsteuer\\_168\\_583780.html](https://www.haufe.de/steuern/gesetzgebung-politik/klage-wegen-hoerer-erbschaftsteuer_168_583780.html)

<sup>77</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/finanzen-muenchen-studie-neue-bayerische-grundsteuer-verfassungswidrig-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210516-99-615539>

<sup>78</sup> <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/unverstaendnis-in-muenchen-neue-grundsteuer-ist-ungerecht-art-715266>

<sup>79</sup> <https://diw-econ.de/publikationen/zukunftsfahiges-bayern/>

<sup>80</sup> <https://buergerrat-klima.de/>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

kosten werden zwischen 87 und 167 Milliarden Euro liegen.<sup>81</sup> Dies sind aber Investitionen, die sich schnell amortisieren werden durch Einsparungen und das Entstehen sozialversicherungspflichtiger Jobs. Und: Katastrophenhilfe ist allemal teurer als Vorsorge.

Dazu ist aber seitens der Staatsregierung wenig Bereitschaft. Als das zivilgesellschaftliche Bündnis „Bayernplan für eine sozial-ökologische Transformation“ versuchte, über den Landtag einen breit angelegten Dialogprozess auf transformationsrelevanten Feldern anzuschließen, gewann dieses Bündnis zwar die einstimmige Befürwortung des Landtags (AfD natürlich ausgenommen), wurde aber dennoch von der Staatsregierung ignoriert.<sup>82</sup> Genau deshalb ist WirTransformierenBayern mit acht Themenfeldern zu Wahlkampfzeiten zurück, um sicherzustellen, dass diese angemessen Beachtung finden.

Kommunen sind deutlich „näher“ an den Problemen, weshalb die Kommunen auch auf dem Städtetag im Sommer 2022 Druck machten, um Klimaschutz samt dazugehöriger rechtlicher und finanzieller Gestaltungsfreiheit als kommunale Pflichtaufgabe zugewiesen zu bekommen – aber auch gibt es bislang wenig erkennbare Bereitschaft, dies umzusetzen.

Und genau deshalb sind auch Vorschläge des Bündnisses zum „Demokratieupgrade“ so wichtig, damit nicht alles wirtschaftlichen und traditionellen Interessengruppen überlassen bleibt, sondern auch BürgerInnen mitreden und mitbestimmen können und somit eine Chance besteht, innovative Ansätze überhaupt Gehör zu verschaffen.

## 8 Und jetzt?

Bei den Leitlinien des Koalitionsvertrags hieß es 2018: „Bayerns Zukunft hängt entscheidend davon ab, dass wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen. Wir haben die Ideen, den Willen und den Mut dazu.“

Ideen? Vielleicht. Den Willen und den Mut dazu? Schwer erkennbar. Dabei müsste gerade die CSU Bescheid wissen, was nötig ist und warum es nötig ist: Sie gab schon vor längerer Zeit ein Gutachten bei McKinsey in Auftrag, das 2015 veröffentlicht wurde. Es trägt den Titel „Bayern 2025 – Alte Stärke, neuer Mut.“<sup>83</sup> Darin wird bereits alles beschrieben, was auf Bayern zurollt und getan werden müsste, damit Bayern diesen Herausforderungen gewachsen ist – bei der Energie- und Verkehrswende, in der Industrie- und Arbeitsmarktpolitik und vielen anderen Bereichen. Aber:

Mir scheint, trotz allen Verständnisses für Corona und den Ukrainekriege fällt die Bilanz dieser CSU/FW Regierung sehr mager aus und die aktuellen politischen Äußerungen, z.B. im Kontext des Politischen Aschermittwochs 2023, lassen nicht erkennen, dass hier ein glaubhafter Wandel möglich sein kann.

Noch gibt es keine Wahlprogramme, aber Äußerungen in der Öffentlichkeit lassen vermuten, dass die aktuellen Koalitionsparteien auch künftig eher auf ein Weiter-So als auf die Transformation setzen.

---

<sup>81</sup> DIW/FÖS (2022) Zukunftsfähiges Bayern, S. 243 und [https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2022/Downloads/vbw\\_Studie\\_Abschaetzung-Investitionen-Klimapfade-fuer-Bayern\\_August\\_2022.pdf](https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2022/Downloads/vbw_Studie_Abschaetzung-Investitionen-Klimapfade-fuer-Bayern_August_2022.pdf)

<sup>82</sup> <https://www.wirtransformierenbayern.de/vorlaeufbuendnis-bayernplan>

<sup>83</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/studie-mckinsey-sorgt-sich-um-bayerns-zukunft-1.2410091> und <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-dem-plenum/schlagabtausch-in-der-aktuellen-stunde-zu-mckinsey-studie/>

Diskussionspapier im Entstehen. Keine Zitierung und Berufung darauf erlaubt.

## 9 Ausgewählte weiterführende Literatur

Alt, Jörg (2021) Einfach anfangen! Bausteine für eine gerechtere und nachhaltigere Welt. Münsterschwarzach: Vier Türme Verlag

BUND Volksbegehren für die Artenvielfalt: Aktueller Stand der Umsetzung <https://www.bund-naturschutz.de/volksbegehren-artenvielfalt-aktueller-stand>

DIW Econ/FÖS (2022) Zukunftsfähiges Bayern – Wie Bayern Vorreiter für einen ökologisch-sozialen Strukturwandel werden kann. Studie im Auftrag von BUND Bayern und Greenpeace. Siehe <https://diw-econ.de/publikationen/zukunftsfahiges-bayern/>

Krumenacker, Thomas (19.7.2023) Söder rettet lieber die CSU. Vier Jahre Volksbegehren „Rettet die Bienen“. In: Spektrum.de [https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm\\_source=sdwv\\_daily&utm\\_medium=nl&utm\\_content=heute](https://www.spektrum.de/news/bilanz-nach-vier-jahren-volksbegehren-rettet-die-bienen/2160423?utm_source=sdwv_daily&utm_medium=nl&utm_content=heute)

Sterner, Michael (2022) So retten wir das Klima. Grünwald: Komplet Verlag

Vbw Bayern (2023) 11. Monitoring der Energiewende in Bayern. Siehe <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Energie-Klima/Energie/11.-Monitoring-der-Energiewende-5.jsp>